



So sieht das Ideal aus. Manche Väter wollen nicht mal zahlen Foto: dpa

Heiter bis säumig

VON GARETH JOSWIG

Wenn säumige Eltern keinen Unterhalt zahlen, soll das Jugendamt mit einem Vorschuss an Alleinerziehende helfen. Auf Antrag springt es dabei für geringverdienende oder arbeitslose Unterhaltszahler ein. Diesen „Unterhaltsvorschuss“ kann sich das Jugendamt jedoch von säumigen Eltern zurückholen – zumindest für die Zeiträume, in denen die genug verdienten.

Die Zahlen im Land Bremen sind auf den ersten Blick erschreckend: Inzwischen belaufen sich die Außenstände auf 17 Millionen Euro. Die Rückholquote setzt vorgeschossene Summen mit zurückgezählten ins Verhältnis. 2013 lag sie bundesweit bei 21 Prozent. In Niedersachsen belief sie sich auf 26, in Schleswig-Holstein auf 22 Prozent. In den Stadtstaaten lag sie deutlich niedriger: in Hamburg bei 13 Prozent, Bremen ist mit elf Prozent bundesweites Schlusslicht.

In Bremen hat es 2001 7.000 säumige Eltern gegeben, inzwischen sind es über 10.000. Bernd Schneider, Sprecher des Sozialressorts, begründet dies mit Bremens Sozialstruktur: „Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit, Sozialhilfequote, Kinderarmut – da kann man keine hohen Rückflüsse erwarten.“ Der größte Teil der Forderungen sei nicht zu realisieren.

Die Begriffe „Unterhaltsvorschuss“ und „säumig“ bezeichnet Schneider als irreführend – rechtlich bestehe nur der Anspruch auf Rückzahlung für Monate, in denen der Elternteil auch genug verdient hat. „Es ist nicht so, dass die gehandelten Summen leicht verfügbar auf der Straße lägen.“

Das Thema nervt ihn: Es ist ein Dauerbrenner, den nicht nur Medien wiederholt aufgriffen: Zuletzt hatte auch die CDU-Opposi-

UNTERHALT Nirgendwo zahlen säumige Elternteile so wenig wie in Bremen. Das liegt offenbar nicht nur an der Sozialstruktur, sondern auch am laxen Jugendamt. In anderen Bundesländern ist man schon weiter – und strenger

tion eine Parlamentsanfrage gestellt, ob säumigen Elternteilen mit Inkasso-Firmen beizukommen sei. Das verhinderten laut Sozialressort jedoch datenschutzrechtliche Hürden. Es würde auch nicht viel bringen, sagt Schneider: „Es ist auch mit größerem Verwaltungsaufwand nicht zu erwarten, dass netto spürbar mehr Geld in unsere Kassen fließt.“ Personeller Aufwand fresse die zusätzlichen Einnahmen wieder auf. Beim Eintreiben der Summen gehe es „um Gerechtigkeit – nämlich dass derjenige, der zahlen kann, auch zahlen soll“.

Immerhin hat man ein neues „Forderungsmanagement“ eingerichtet, dass Außenstände der Sozialbehörde erheben soll. Ein Teilbereich dessen soll sich auch mit dem Unterhaltsvorschuss befassen, aber im Moment stehen andere Forderungen im Vordergrund – jene, bei denen mehr Geld zu holen ist.

Praxiserfahrungen mit Bremens Jugendämtern hat Greta Jakobsen (*Name geändert*) gemacht. Dass die Lage in Bremen schlecht ist, kann sie deshalb sa-

gen, weil sie 2011 nach Baden-Württemberg umgezogen ist. Sie kann vergleichen, wie man in den verschiedenen Jugendämtern mit zahlungsunwilligen Vätern umgeht. Jakobsen ist seit 2007 alleinerziehend und hoffte nach der Trennung zunächst, sich mit ihrem Ex-Partner gütlich zu einigen. Er solle hin und wieder mal Schuhe oder Windeln für die gemeinsame Tochter kaufen. Das klappte jedoch nicht.

Nach Streitereien hat sich die Alleinerziehende entschlossen, den ihr zuständigen Unterhalt beim Jugendamt Bremen einzufordern. Schon der Antrag bereitete Probleme: Mitarbeiter gaben am Telefon verschiedene Auskünfte, niemand fühlte sich zuständig. Nach Wochen hatte sie einen Termin beim Sachbearbeiter. Der pampste sie an, warum sie sich erst jetzt kümmern.

Während dieser Zeit arbeitete Jakobsen nebenher, kam mit dem verdienten Geld aber nicht aus. Sie neben der Erziehung noch um die Unterhaltsansprüche zu kümmern, war eine zusätzliche Belastung. Erst von einer ebenfalls alleinerziehenden Freundin und nicht etwa durch das Jugendamt erfuhr sie, dass es die Möglichkeit gibt, eine Beistandsschaft für den Unterhalt zu beantragen. In Folge müsste sich das Amt darum kümmern, dass der Vater Unterhalt zahlt oder Unterhaltsvorschuss geleistet wird.

Als Jakobsen die Beistandsschaft in Bremen beantragen will, sagt man ihr, dass sich das in ihrem Fall nicht lohne: Beim arbeitslosen Kindsvater sei nichts zu holen. Dass sie einen rechtlichen Anspruch auf die Beistandsschaft hat, verschwiegen man. Sie musste sich weiter selbst darum kümmern.

Nach ihrem Umzug nach Baden-Württemberg will Jakobsen beim dortigen Jugendamt erneut

eine Beistandsschaft erwirken. Dort sagt man, das sei ihr gutes Recht – unabhängig von einer Erwerbstätigkeit ihres Ex-Partners. Man ist erschrocken darüber, welche Auskunft man ihr in Bremen gegeben hat.

In Baden-Württemberg übernimmt das Amt anstandslos die Beistandsschaft und kümmert sich um alles Weitere: Es bleibt zwar vorerst beim Unterhaltsvorschuss, aber Jakobsen erhält einen Unterhaltstitel. Der erleichtert es dem Amt, Druck auf zahlungsunwillige Elternteile auszuüben. Es ermöglicht Pfändungen oder Vergleiche mit säumigen UnterhaltszahlerInnen. Jakobsens Ex-Partner landet daraufhin vor dem Familiengericht, die Alleinerziehende erhält seitdem in jedem Fall Geld. Ob ihr Ex-Partner zahlungsfähig ist, überprüft das Amt alle zwei Jahre. Jakobsen hat mehr Zeit für Arbeit und Erziehung.

Demgegenüber scheint das Bremer Jugendamt nicht allzu bestrebt zu sein, Gelder von Zahlungsunwilligen einzutreiben. Eine Beistandsschaft, die Alleinerziehende entlastet, scheint unabhängig von der Erwerbstätigkeit des säumigen Elternteils sinnvoll. Ein Unterhaltstitel hilft beim Einklagen von Außenständen. Voraussetzung dafür ist jedoch die Aufklärung in den Ämtern. Bis das Praxis ist, bleibt Bremen ein Land, in dem es säumige Eltern relativ leicht haben, sich der Verantwortung zu entziehen.

Das jedenfalls legt der Fall von Greta Jakobsen nahe. Als sie ihrer Sachbearbeiterin im Jugendamt Bremen mitteilte, dass sie wisse, dass ihr Ex-Partner freiberuflich Abrechnungen unter einem falschen Namen ausstelle, um keinen Unterhalt zahlen zu müssen, entgegnet man ihr: „Wenn wir allen Anschwärmungsversuchen nachgehen würden, dann hätten wir zu viel zu tun.“

Neue Adresse:

Johannes Santen
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Strafrecht

Sternstraße 102
20357 Hamburg
Tel. 040/439 70 39,
41 43 58 70

Extra-Beratung



Nebenkostenkontrolle

Dienstag, 13.01.2015
10.00 – 16.00 Uhr
in der MhM-Zentrale
Bartelsstraße 30

Mieter helfen Mietern
Hamburger Mieterverein e. V.
www.mhmhamburg.de
040/431 3940

Mieterverein zu Hamburg
im Deutschen Mieterbund **DMB**

Unser Rat zählt.

879 79-0
Belm Strohhouse 20 · 20097 Hamburg
mieterverein-hamburg.de

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

Sinnvoll vererben.
www.tdh.de

ARBEITSRECHTS KANZLEI HAMBURG

Wir beraten Arbeitnehmer*innen und Betriebsräte!

Heike Brodersen | Barbara Ede | Carola Greiner-Mai | Torsten Hasse | Thomas Mammitzsch | Maren Ballwanz | Uwe Ewald | Christian Schoof

Dammthorwall 7a | 20354 Hamburg
Telefon 040 355371-0 | Fax 040 355371-22
buero@arbeitsrechtskanzlei-hh.de | www.arbeitsrechtskanzlei-hh.de

Jens Waßmann
Rechtsanwalt

- Mietrecht / Wohnungseigentumsrecht
- Verkehrsrecht
- Arzthaftungsrecht
- Scheidungsrecht, Sorge- und Umgangsrecht
- Strafrecht

Kleine Reichenstr. 1 | Tel. 040 - 32 68 49 | ra.wassmann@hamburg.de
20457 Hamburg | Fax. 040 - 32 48 81 | www.ra-wassmann.de

Die Ansprechpartner für Arbeitnehmer und Betriebsräte

MÜLLER-KNAPP · HJORT · WULFF Partnerschaft
☎ 040 · 650 666 90 · Kaemmererufer 20 · 22303 Hamburg-Winterhude
www.arbeitsrechtsanwaelte-hamburg.de

Klaus Müller-Knapp*, Jens Peter Hjort*, Manfred Wulff*, Ute Kahl*, Dr. Julian Richter*, Jasmin Stahlbaum-Philp*, Dr. Vera Braun*, Dr. Lisa Moos *Fachanwälte für Arbeitsrecht

ArbeitnehmerAnwälte

Im neuen Jahr am neuen Ort ...

ANWALTSBÜRO AM SCHLUMP



Diplom-Volkswirtin
KATHARINA F. BOEHM
Rechtsanwältin und Fachanwältin
Fachanwältin für Familienrecht und für Miet- und Wohnungseigentumsrecht
Schröderstiftweg 2 · 20146 Hamburg
Tel. (040) 422 65 30 Fax (040) 422 65 20
boehm.rechtsanwaeltin@schanzenhof.de
www.schanzenhof.de

Wer bestellt, soll zahlen

WOHNEN 2015 soll eine Mietpreisbremse eingeführt und die Bezahlung der Makler neu geregelt werden

Viele MieterInnen müssen in diesem Jahr tiefer in die Tasche greifen. Zwar soll Mietern die für 2015 geplante Preisbremse Entlastung bringen, viele Menschen müssen sich nach Ansicht des Deutschen Mieterbunds aber auf steigende Mieten einstellen.

Gerade MieterInnen in Ballungszentren oder Universitätsstädten müssten Preissteigerungen hinnehmen, sagte der Direk-

tor des Deutschen Mieterbunds, Lukas Siebenkotten. „Die Mietpreisbremse ist ja überhaupt noch nicht beschlossene Sache.“ Mit der Verabschiedung sei erst Ende Januar, Anfang Februar zu rechnen. Zudem müssten die Länder dann noch die Gebiete definieren, die sie für besonders relevant halten. Deshalb werde die Preisbremse 2015 „keine großen Auswirkungen mehr haben“,

prophezeit Siebenkotten. Nach dem Gesetzentwurf dürfen die Mieten bei der Neubelegung einer Wohnung künftig höchstens zehn Prozent über der vergleichbaren ortsüblichen Miete liegen. Erstvermietungen in Neubauten und Mieten nach einer umfassenden Modernisierung sollen ausgenommen sein.

Ebenfalls bald in Kraft treten soll das neue Maklerprinzip: Wer

bestellt, bezahlt. In der Regel sollen dies künftig die VermieterInnen sein. Bisher zahlt meist der Mieter, auch wenn der Vermieter den Makler beauftragt hat. Die Provision kann zwei Nettokaltmieten plus Umsatzsteuer betragen. Wer mit der Suche nach einer neuen Wohnung noch warten kann, rät die Verbraucherzentrale Bremen, der sollte sie noch aufschieben. (*taz/dpa*)

BAUMANN CZICHON
RECHTSANWÄLTE - MEDIATION FACHANWÄLTE FÜR ARBEITSRECHT

Am Hulsberg 8 · Fon 0421 439 33 44
arbeitsrecht@bremen.de · www.baumann-czichon.de

Prekäre Lehre

SCHEINSELBSTÄNDIG Eine Dozentin der Volkshochschule Lüneburg verklagt ihren Arbeitgeber nach 15 Jahren freier Mitarbeit auf Festanstellung. Ihre Kurse gibt nun ein anderer

VON ANDREAS SCHNELL

Die wirtschaftlichen Verlockungen, statt fest Angestellter Freie zu beschäftigen, sind groß. Die sind billiger als Festangestellte, müssen im Krankheitsfall nicht bezahlt werden, und Urlaub machen sie auf eigene Rechnung. Wenn überhaupt. Kündigungsfristen fallen meist weg, Sozialabgaben auch, zumindest für die Unternehmer.

Eine Branche, in der freie Mitarbeit besonders geschätzt wird, ist der Bildungsbereich. Doch in den letzten Jahren kam es immer wieder zu Prozessen – wegen Scheinselbstständigkeit. Derzeit klagt Linda Sulimma (63), VHS-Dozentin aus Lüneburg, gegen ihren Auftraggeber, für den sie seit 15 Jahren tätig ist.

Das Arbeitsgericht Lüneburg hatte ihr im März letzten Jahres Recht gegeben und festgestellt, dass die bislang auf Honorarbasis beschäftigte Dozentin Anspruch auf Festanstellung habe. Die „durch Vorgaben geprägte

langjährige Eingliederung in den Unterrichtsbetrieb“ sei das entscheidende Kriterium für ein Arbeitsverhältnis, stellte Richter Ralf Ermel fest. Die VHS Lüneburg legte Berufung ein.

Sulimma gibt unter anderem Mathe für jene, die den Haupt- oder Realschulabschluss nachholen möchten. Die ausgebildete Lehrerin sei dabei weisungsgebunden und habe bei der Gestaltung ihrer Arbeit keine größeren Spielräume, wie Rudolf Kiese-wetter, der Sulimma vor Gericht vertritt, betont. Deshalb liege ein Arbeitsverhältnis vor. So urteilte auch das Arbeitsgericht.

Gerhard Cassens, Leiter der VHS Region Lüneburg, sieht das anders. Anders als in anderen Bundesländern gebe es in Niedersachsen keinen zweiten Bildungsweg. Die Möglichkeit, Haupt- oder Realschulabschluss nachzuholen, sei hier seit 1972 über das Erwachsenenbildungsgesetz geregelt. Bei den Vorbereitungskursen liege der Fokus nicht auf Wissensvermittlung. Es

gehe eher darum, Prüfungsängste und Blockaden abzubauen. „Die Dozenten sind nicht an einen Lehrplan gebunden, wie es ihn in anderen Ländern gibt.“

Bei der VHS Hannover, so Sulimmas Anwalt, sei der Fall gerichtlich geklärt: Die Dozenten, die dort im entsprechenden Bereich unterrichten, haben mittlerweile feste Arbeitsverhältnisse. Cassens weiß natürlich darum und auch um die Forderungen, Honorarkräfte abzusichern. Das sei aber nicht finanzierbar. Die Honorarkräfte wüssten um die Bedingungen und nähmen die damit verbundenen Unsicherheiten in Kauf.

Zwar sei in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung das Vorha-

ben formuliert, die Vorbereitungskurse für externe Prüfungen für den Haupt- und Realschulabschluss kostenlos anzubieten und den Status der Dozenten abzusichern. Das habe aber weder zu Reformen noch zu einer Bezuschussung geführt. „Ich sehe das sozialpolitische Dilemma“, so Cassens.

Im Oktober trafen sich die Kontrahenten zuletzt vor Gericht. Richter Ermel schlug eine Gütevereinbarung vor, um eine Weiterbeschäftigung Sulimmas zu erreichen. Die VHS wollte darauf nicht eingehen. Sie ließ ihre Kurse auslaufen und besetzte neue Kurse, die Sulimma sonst übernommen hätte, mit anderen Lehrkräften. Sollte die VHS das Verfahren gewinnen, steht die Dozentin vor dem Nichts, sagt ihr Anwalt. Dass Sulimma bei der Kursvergabe nicht mehr berücksichtigt wurde, sei „keine Bestrafung“, so Cassens.

Ende Januar gibt es einen neuen Termin vor dem Arbeitsgericht.

„Ich sehe das sozialpolitische Dilemma“

GERHARD CASSENS,
VHS LÜNEBURG

Kleinanzeigen schalten auf der nord.wiese

Erscheint an jedem Wochenende

Private Kleinanzeigen

5 Zeilen à 50 Zeichen pro Erscheinen 6 €, jede weitere Zeile 1,20 €

Gewerbliche Kleinanzeigen

5 Zeilen à 50 Zeichen pro Erscheinen 21 €, jede weitere Zeile 4,20 €

Chiffregebühr: 8 € zusätzlich

Annahmeschluss: Dienstag 24.00 Uhr

Bezahlung per Abbuchung (Konto, BLZ, Vor- und Nachnamen angeben)

oder Vorkasse. Rechnungsstellung nur für gewerbliche Kleinanzeigen.

Kleinanzeigenannahme unter www.taz.de oder E-Mail, Fax, Brief

Hamburger Annahme

Fax 040 38 90 17 10 | kleinanzeigen@taz-hamburg.de

taz.hamburg | Kleinanzeigen, Harkortstraße 81, 22765 Hamburg

Bremer Annahme

Fax 0421 960 26 60 | kleinanzeigen@taz-bremen.de

taz.bremen | Kleinanzeigen, Pieperstraße 7, 28195 Bremen

Antworten auf Chiffre-Anzeigen bitte mit Chiffre-Nummer per Post oder E-Mail an eine der angegebenen Adressen senden.

MARKTPLATZ

Evangelische Familienbildung

Hier ist was los — Angebote für Kinder und Jugendliche

Ab 6. Januar online • Jahresprogramm 2015
www.fbs-hamburg.de • 9 auf einen Klick

KUNST

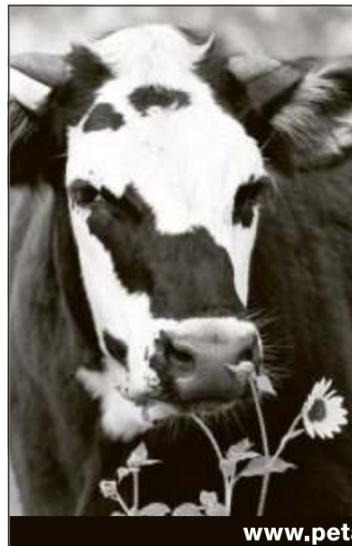
■ Sichtung meiner Dichtung? Frau (young at heart) ☎ 0178-189 35 97

REISEN AUSLAND

■ Langlauf in Norwegen: In den Hamburg-Ferien vom 1. bis 15. März. Großes Haus, einsam in der Hardangervidda, Strecken von leicht bis sehr fordernd. Selbstorganisierte Gruppe zwischen 20 und 60, mit Selberkochen. Erw., zwei Wochen, 350 Euro mit Vollpension, Kinder die Hälfte. Kontakt: Sven von der taz: sven_veit@yahoo.de; ☎01570-303 59 54.

VERANSTALTUNGEN

■ Peace One Day Peacemakers: Jeremy Gilley im Gespräch mit Prem Rawat Engl.m.dt. Untertitel; 66 Min. Täglich erreichen uns Nachrichten aus Krisen- und Kriegsgebieten in aller Welt. Sehen Sie eine spannende Diskussion zwischen zwei engagierten Friedensstiftern. So. 11.01. um 17 Uhr, Eintritt frei! Im 3001 Kino, Schanzstrasse 75 (im Hof), 20357 Hamburg



Damit es den Tieren gut geht!

Mit Ihrem letzten Willen können Sie ein Zeichen setzen und Tierquälerei stoppen. Informationen zum Thema Erbschaft senden wir Ihnen gerne unverbindlich zu. Oder sprechen Sie mit Herrn Lars Hollerbach (LarsH@peta.de) unter 07156 / 17828 34.

www.peta.de

STELLENMARKT

Diakonie Hamburg

Das Diakonische Werk Hamburg sucht zum 01.03.2015 oder später, zunächst befristet für ein Jahr, für den Fachbereich Freiwilliges Engagement eine/-n

Sozialpädagogin/-en in Vollzeit

Die ausführliche Stellenbeschreibung finden Sie auf unserer Homepage unter: www.diakonie-hamburg.de, Rubrik: „Karriere“, Stellenangebote, Bewerbungskennziffer 2015/01.

Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte bis zum 23.01.2015 an: Diakonisches Werk Hamburg, Frau K. Lehne, Königstraße 54, 22767 Hamburg, TeamPersonal@diakonie-hamburg.de (max. 2 PDF-Datei-Anhänge)

Sie suchen eine/-n MitarbeiterIn?

Stellenanzeigen auf der Nordwiese

Wir beraten Sie gerne
Hamburg (0 40) 38 90 17 454
Bremen (04 21) 960 26 442
anzeigen@taz-nord.de



STELLENANGEBOTE

■ BREMEN: Sek-1- oder Sonderschullehrerin mit zweitem Staatsexamen zum August 2015 gesucht für Freie Gemeinschaftsschule Bremen (www.fgs-bremen.de). Demokratisch, klein, persönlich, lebensnah. Kontakt: info@fgs-bremen.de

bewegung.taz.de

PLATTFORM FÜR VERÄNDERUNG

WOHNUNGSMARKT

WOHNEN SUCHE

■ HH: Ehemaliger taz-Praktikant und freier Journalist, 34, sucht ab sofort bis mindestens Ende März (gerne auch länger) ein Zimmer, Warmmiete maximal 400 Euro, in Hamburg. Kontaktaten: E-Mail: ekaeding@gmail.com Mobil☎0151-25 11 26 26.

BLACK-STAR-EXPRESS

Umzüge Kurierfahrten Kleintransporte Nah und Fern Entrümpelung / Haushaltsauflösung Tel.: 0172 / 5401928

WOHNPROJEKTE

■ Wohngruppe in Hannover sucht Verstärkung! Du möchtest mit anderen Menschen gemeinschaftlich leben? Du suchst eine verbindliche Nachbarschaft, die gemeinsame Unternehmungen schätzt und Eigenständigkeit gewährt? Dann bist du bei uns richtig! Wir sind eine Gruppe, die ein gemeinschaftliches Wohnprojekt in Hannover verwirklichen möchte und Mitmachern sucht. Kontakt: 7plus@web.de oder ☎ 0511-661766.

■ Wohnprojekt Gründung, südl. von Oldenburg, Nds. Eher ökologisch, politisch, pragmatisch orientiert. Wir suchen 1-4 Personen oder Parteien, die sich einen Kauf zutrauen. Weitere Mitwohnende gerne später. ☎ 0176 66258037

■ Baugemeinschaft mit Grundstück in den Hamburger Walddörfern sucht Familien als Käufer für Reihenhäuser. Info-Treffen am Mo. 19. Januar um 19 Uhr in der Familienbildungsstätte Eppendorf, Loo-geplatz 14/16. Kontakt und weitere Infos und Termine unter www.alstervogel.de.

Kleinanzeigen online aufgeben? www.taz.de

UMZÜGE

ADELANTE

Tel./Fax: 040/43 25 16 17
Bernstorffstr. 117
22767 Hamburg

zapf umzüge

- Unverbindliche Beratung
- Nah - Fern - Übersee
- Beiladungen
- Kartonverkauf
- Lagerservice

040 - 85 33 39 0
Mo - Fr 8 - 18 Uhr • Sa 8 - 12 Uhr
hamburg@zapf.de www.zapf.de
Großmannstr. 129, 20539 Hamburg
FAX 040-851 51 50



taz.nord thema

BAUEN & WOHNEN

taz-LeserInnen wohnen und bauen ökologisch bewusst. In Reportagen, Interviews und Berichten gibt es dafür monatlich Neuigkeiten, kompakte Tipps und Hinweise von Z wie Ziergiebel über L wie Lehm bis zu A wie Anbau.

Erscheinungstermin: Samstag, 17. Januar

Nutzen Sie das vielfältige redaktionelle Umfeld dieser Seiten, um sich den motivierten und interessierten LeserInnen der taz zu präsentieren. Sie erreichen eine Zielgruppe, in der 1/3 über ein Haushaltseinkommen von mehr als 3.000 Euro verfügt. Und denen gutes Wohnen wichtig ist.

Anzeigenschluss: Dienstag, 13. Januar | 16 Uhr

Weitere Informationen und Leserschaftsdaten:
[taz.nord Anzeigenabteilung | anzeigen@taz-nord.de](mailto:anzeigen@taz-nord.de)
Telefon: Bremen (04 21) 960 26 442 | Hamburg (0 40) 38 90 17 453



taz.nord thema

GESUNDHEIT

Im Zentrum der redaktionellen Berichterstattung stehen aktuelle Entwicklungen und Trends bei Forschung, Therapien oder Prävention, Portraits einzelner Einrichtungen und Institute gehören ebenso zum Konzept dieser Seiten wie Tipps, Termine und Anregungen für Interessierte und Patienten.

Erscheinungstermin: Samstag, 24. Januar 2015

Nutzen Sie das vielfältige redaktionelle Umfeld dieser Seiten, um sich einer motivierten und interessierten Leserschaft sowie zahlreichen Multiplikatoren zu präsentieren.

Anzeigenschluss: Dienstag, 20. Januar | 16 Uhr

Weitere Informationen und Leserschaftsdaten:
[taz.nord Anzeigenabteilung | anzeigen@taz-nord.de](mailto:anzeigen@taz-nord.de)
Telefon: Hamburg (040) 38 90 17-454 | Bremen (04 21) 9 60 26-442